

problematisch wird jedoch der Anstieg der Hypothekenzinsen angesehen, der durch die Erhöhung der Bankzinssätze am 23.10.97 um 0,75% auf 9,5% ausgelöst wird. Steigende Zinsen werden als negativ für die weitere Entwicklung des Immobilienmarktes angesehen. (NZZ, 24.10.97)

Die Hongkonger Regierung hat unter dem Eindruck der Börseneinbrüche und Schwierigkeiten auf dem Immobilienmarkt bereits die Erwartungen an das diesjährige Wirtschaftswachstum korrigiert. Unter Berücksichtigung von Zinsanstieg und die teure Währung wird anstatt mit einer 5,5%-igen Wachstumsrate mit einem Wachstum von 4,75% gerechnet. (NZZ, 24.10.97; HB, 24./25.10.97)

Die Hongkonger Börseneinbrüche lösten weltweit starke Schwankungen an den Börsen aus. (NfA, 29.10.97) Die Börsenentwicklung in Hongkong und insbesondere der Vertrauensverlust in die *red chips* haben den Zugang festlandchinesischer Unternehmen an den Hongkonger Aktienmarkt erschwert. Bisher waren die Aktien dieser Unternehmen sehr gefragt, und die Hongkonger Börse war eine wichtige Finanzierungsquelle für die Staatsunternehmen aus Festlandchina gewesen, sowohl über *red chips* als auch über die H-Aktien, das sind Aktien festlandchinesischer Unternehmen, die zusätzlich an der Börse in Hongkong notieren. Zukünftig wird wohl die Marktnachfrage differenzierter ausfallen als bisher. (AWSJ, 28.10.97) Ein Beispiel hierfür war bereits die Emission von Chongqing Iron & Steel Mitte Oktober. Während die Beijing Enterprise bei ihrem Börsengang in der ersten Jahreshälfte noch eine Überzeichnung um das 1275fache verbuchen konnte, blieb die Emission von H-Aktien der Chongqing Iron & Steel bei 77% stecken. (NZZ, 23.10.97) -schü-

Macau

29 3,2% Ausgabensteigerung im Haushalt 1998

Das Ausgabenbudget 1998 wird nach dem Haushaltsplan der Regierung gegenüber dem laufenden Jahr um 3,2% auf 10,7 Mrd. Patacas (rd. 1,35 Mrd.US\$) steigen. Zum großen Teil sind die Gelder gedacht für Bildung, Kultur, Gesundheit, Soziales, Sicher-

heit, Verbesserung des Lebensstandards, Ausbau der Infrastruktur usw. Für die Infrastruktur werden 1,9 Mrd. Patacas (rd. 240,5 Mio.US\$) zur Verfügung gestellt, 300 Mio. Patacas (rd. 37,97 Mio.US\$) mehr beim Jahresvergleich. Zu den wichtigsten Projekten gehören hier eine Brücke für die Verbindung von Macau mit Zhuhai (Provinz Guangdong) auf dem chinesischen Festland, die Müllbeseitigung und weitere Sozial Einrichtungen. Trotz der Ausgabensteigerung wird weiterhin kein Defizit im Haushalt entstehen. (XNA, 22.10.97)

In den ersten sieben Monaten d.J. wies der Haushalt der Regierung einen Überschuß von 310 Mio. Patacas (rd. 39,24 Mio.US\$) auf, 36% weniger im Vergleich zum gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Während die Ausgaben um 4,8% auf 4,7 Mrd. Patacas (rd. 594,9 Mio.US\$) stiegen, legten die Einnahmen mit 5 Mrd. Patacas (rd. 632,9 Mio.US\$) nur um 0,7% zu. Die Steuereinnahmen aus dem Betrieb der Spielkasinos erhöhten sich trotz der rückläufigen Touristenzahlen allerdings überdurchschnittlich um 4%. Andererseits lagen die Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst mit 10% und die Ausgaben der Regierung für Anschaffungen von Gütern sowie Dienstleistungen mit 13,2% jedoch weit über dem Durchschnitt. (XNA, 8.10.97) -ni-

30 Neue Opfer im andauernden Bandenkrieg

Im Berichtsmonat sind wieder mehrere Personen im bereits länger andauernden Kampf um den Anteil am Spielkasinogeschäft zwischen den Triaden 14 K und Shui Fong - chinesische Mafiaorganisationen - ums Leben gekommen. Am 19. Oktober wurden zwei Männer beim Schußwechsel vor einem Hotel getötet und schon eine Woche darauf, am 26. Oktober, gab es ein weiteres Opfer, Leung Kwok-hung, der im Gebäude nahe dem Polizeihauptquartier erschossen wurde. Ein Wachmann dieses Gebäudes wurde, als er die Schießerei hörte und zum Tatort lief, durch zwei Schüsse verletzt. Leung war aktiv am Kasinobetrieb beteiligt und galt als einer der Führer der 14 K-Triade. Damit sind seit dem letzten Jahr in Macau bereits mehr als 20 Personen erschossen bzw. erstochen worden oder durch Feuerbomben ums Leben gekommen. (SCMP, 27.10.97)

Da die portugiesische Enklave in zwei Jahren an China zurückgegeben wird, macht die zunehmende Kriminalität dort daher auch der chinesischen Regierung Sorgen. Sie hat die portugiesische Regierung ermahnt, schnellstens Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit zu ergreifen. (Vgl. C.a., 1997/6, Ü 32) -ni-

Taiwan

31 Rückschläge der „pragmatischen Diplomatie“

Die UNO hat zum fünftenmal eine Debatte über die Rückkehr der Republik China (Taiwan) in die Weltorganisation abgelehnt. (LHB, 19.9.97; FCJ, 3.10.97) Die Republik China, ein Gründungsmitglied der UNO, wurde 1971 durch die 2758. Resolution der Vollversammlung der UNO gezwungen, ihren Sitz an die VR China abzugeben. Seit 1993 bemüht sich die Taipeier Regierung unter dem Mottó „pragmatische Diplomatie“ (*wushi waijiao*) um eine Doppelrepräsentation Chinas in der UNO. Jedes Jahr bat sie die mit ihr befreundeten Staaten, einen Antrag auf eine erneute Diskussion der 2758. Resolution zu stellen. Doch bislang wurde dies stets von dem für die Aufstellung der Tagesordnung der Vollversammlung zuständigen Lenkungsausschuß abgelehnt. Einschließlich Südafrikas, das einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan für Ende d.J. bereits angekündigt hat, wird die Republik China auf Taiwan z.Z. von nur 30 Ländern anerkannt, von denen auch nicht alle UNO-Mitglieder sind.

In diesem Jahr haben neun Staaten als Initiatoren den Antrag auf eine Rückkehr Taiwans in die UNO im Lenkungsausschuß eingebracht (im letzten Jahr waren es 16 Initiatoren). Am 17. September haben 47 Staaten bei der Debatte im Lenkungsausschuß eine Rede gehalten, davon 32 dagegen und 15 dafür, den Antrag auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Daraufhin wurde der Antrag wie in den Jahren 1993-1996 vom Präsidenten der Vollversammlung, der den Lenkungsausschuß leitete, infolge mangelnden Konsensus als gescheitert erklärt. Peinlich für Taiwan war es, daß Panama und Paraguay kein Wort für den Antrag ergriffen, hatten doch beide beim Staatsbesuch

von Präsident Li Denghui unmittelbar zuvor jeweils großzügige Finanz- und Wirtschaftshilfen erhalten. (C.a., 1997/Ü 33) Ein anderer Staat, St. Vincent und Grenadinen, das wie Panama mit Taiwan befreundet und Mitglied des Lenkungsausschusses in diesem Jahr ist, hat ebenfalls kein Wort zur Unterstützung Taiwans beigetragen.

Ein anderer Rückschlag der „pragmatischen Diplomatie“ erfolgte bei der „privaten Reise“ von Vizepräsident Lian Zhan (Lien Chan) in Europa zwischen dem 6. und 12. Oktober. Hauptziele der Reise waren nach dem ursprünglichen Plan Island und Spanien, die keine diplomatischen Beziehungen mit Taiwan, sondern mit der VR China unterhalten. Während Lian trotz der Proteste von Beijing in Reykjavik vom isländischen Ministerpräsidenten David Oddsson am 8. Oktober herzlich empfangen wurde, mußte er auf seine Reise nach Madrid verzichten, denn die Botschaft der VR China in Madrid hatte der spanischen Regierung mit der Einstellung von Wirtschafts- und Handelsprojekten gedroht. Das Handelsvolumen Spaniens mit dem chinesischen Festland beläuft sich auf etwa 4 Mrd.US\$ jährlich, mit Taiwan auf etwa 900 Mio.US\$. Island hat Beijing wegen Lians Besuch zwei Projekte der industriellen Kooperation gestrichen. (ZYRB und NZZ, 13.10.97; FCJ, 17.10.97)

Nach dem fünftägigen Aufenthalt in Island machte Lian vom 10. bis 12. Oktober einen „rein privaten Besuch“ in Österreich. Er besuchte in Innsbruck Museen und Theater. Eine geplante Zwischenstation in Singapur auf der Rückreise kam wie die Reise nach Spanien ebenfalls nicht zustande. -ni-

32 Gemeinsamer US-japanischer Militärschutz für Taiwan bleibt unklar

Die amerikanische und die japanische Regierung haben am 23. September in New York die Revision der Richtlinien zu ihrem bilateralen Sicherheitspakt unterzeichnet. Die wichtigste Neuerung dabei ist eine umstrittene Klausel in bezug auf die militärische Zusammenarbeit beider Seiten bei „Ereignissen in der Umgebungsregion“ Japans. Dabei sollen die Japaner die US-Streitkräfte mit Minenräumung, Lieferungen von Waffen,

Munition und anderen Ressourcen unterstützen. (LHB, 24.10.97)

Noch vor Unterzeichnung der neuen Richtlinien hatte der Generalsekretär und Sprecher des japanischen Kabinetts Seiroku Kajiyama am 17. August d.J. in einer TV-Diskussion beim japanischen staatlichen Fernsehsender NHK geäußert, daß der amerikanisch-japanische Sicherheitspakt auch Taiwan einbeziehe. Zwar werde dies nicht deutlich zum Ausdruck gebracht, aber es gebe in diesem Vertrag Formulierungen wie „Fernost“ und „Ereignisse in der Umgebung“. Dies würde zumindest Korea, Taiwan und die Spratley-Inseln in den amerikanisch-japanischen gemeinsamen Verteidigungsbereich mit einschließen, meinte er. Japan sei besorgt über einen möglichen Angriff der chinesischen Kommunisten auf Taiwan. Sollten die Amerikaner militärische Aktionen bei Auseinandersetzungen in der Taiwan-Straße unternehmen, erklärte er mit klaren Worten, so könne Japan nicht untätig bleiben. Auch wenn Japan keine eigenen Truppen einsetze, werde es den amerikanischen Streitkräften die Benutzung des militärischen Stützpunktes von Okinawa erlauben und sie mit Logistik unterstützen. (C.a. 1997/8, Ü 30)

Während sich Taiwan über die Aussagen Kajiyamas freute, kamen aus Beijing scharfe Proteste gegen Japan. Es warf Tokyo vor, sich in chinesische innere Angelegenheiten einzumischen - die VR China betrachtet Taiwan als eine abtrünnige Provinz. Aber bei der Unterzeichnung der neuen Richtlinien des amerikanisch-japanischen Verteidigungspaktes haben beide Seiten, um Beijing zu beruhigen, erklärt, daß die Klausel „Ereignisse in der Umgebung“ nur ein Begriff für eine gewisse Situation sei. Er richte sich weder auf eine bestimmte geographische Position noch auf einen Drittstaat. Ferner sei er für die Sicherheit der Region gedacht, so daß alle Staaten der Region davon profitieren könnten. Mit der Verstärkung ihrer Verteidigungszusammenarbeit würden die USA und Japan ihre „Ein-China-Politik“ nicht verändern. (ZYRB und LHB, 25.10.97) -ni-

33 Taiwans Investitionen auf dem chinesischen Festland

Nach offiziellen statistischen Angaben des Beijinger Ministeriums für Außenwirtschaft und Handel haben taiwa-

nesische Firmen in fünf Jahren (seit 1992) auf dem chinesischen Festland insgesamt 31,9 Mrd.US\$ investiert, davon sind 14,2 Mrd.US\$ realisiert, 5- bzw. 15,4fach mehr als in den 13 Jahren davor. Der Anteil Taiwans an den externen Investitionen auf dem Festland ist von 1,1% vor 13 Jahren auf 7% gestiegen. Der Durchschnittswert der einzelnen Investitionen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 0,87 Mio.US\$ auf 1,01 Mio.US\$. Das Ministerium bereitet z.Z. einen Entwurf von „Bestimmungen zum Schutz der Investitionen von Landsleuten aus Taiwan“ vor, wonach die taiwanesischen Unternehmen auf dem Festland beim Erwerb von Maschinen, Rohstoffen und Dienstleistungen wie einheimische Firmen behandelt werden. (DGB, 12. und 26.10.97)

Auf Seiten der Taipeier Regierung gab es früher ein strenges Verbot von Investitionen auf dem chinesischen Festland für taiwanesischen Unternehmen und z.Z. bestehen immer noch zahlreiche Einschränkungen. Deshalb hatten viele Investoren den taiwanesischen Behörden ihr Engagement auf dem Festland verheimlicht. Diesen gab die Regierung eine Frist vom 1. Juli bis 30. September d.J. für die nachträgliche Meldung. Ansonsten drohe ihnen eine Geldstrafe in Höhe von einer bis fünf Mio. NT\$ (34.965 bis 174.825 US\$). Diese Strafe kann auch bis zum Rückzug der Investition wiederholt verhängt werden. Innerhalb der dreimonatigen Amnestiefrist hat das Wirtschaftsministerium in Taipei 7.739 nachträgliche Meldungen erhalten mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 2,91 Mrd.US\$. Einschließlich der nach dem letzten Termin eingegangenen Posten soll es dem Ministerium zufolge insgesamt rd. 8.000 Nachmeldungen mit einer Gesamtinvestitionssumme von rd. 3 Mrd.US\$ gegeben haben. Zählt man diese zu den offiziell bereits genehmigten Fällen hinzu, hat Taiwan laut eigenen statistischen Angaben mit 19.764 Projekten 10,8 Mrd.US\$ auf dem Festland investiert. Die durchschnittliche Größenordnung der einzelnen Investitionen liegt bei 0,31 Mio.US\$, verglichen mit 0,25 Mio.US\$ vor vier Jahren. (LHB, 2.10.97; FCJ, 9.10.97) Diese Zahlen liegen weit unter den o.g. statistischen Angaben Beijings. Dies ist offenbar darauf zurückzuführen, daß noch ein Großteil der taiwanesischen Investitionen auf dem Festland trotz der Amnestie weiter verheimlicht werden.

Einflußreiche taiwanesischen Großunternehmer wie die Bosse der Konzer-

ne Formosa Plastic und Evergreen, Wang Yongqing (Wang Yung-ch'ing) und Zhang Rongfa (Chang Jung-fa) haben kürzlich offen an die Regierung appelliert, die Beschränkungen für Investitionen taiwanesischer Firmen auf dem Festland aufzuheben und die direkten Flug- und Schiffsverbindungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu ermöglichen. (LHB, 7. und 25.10.97) Wie in C.a. (1997/9, Ü 35) berichtet, haben auch die US-Firmen in Taiwan Ende September d.J. in einem Weißbuch die restriktive Wirtschaftspolitik Taiwans gegenüber dem Festland kritisiert. -ni-

34 Vorentscheidung über den Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn zugunsten ICE und TGV

Im harten Wettbewerb um den Auftrag zum Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn von 345 km Länge zwischen der Hauptstadt Taipei im Norden und der Hafenstadt Kaoshiung (Gaoxiung) im Süden der Insel Taiwan hat das Taiwan High Speed Rail Consortium (THSRC) gegen seinen Rivalen Chung Hwa High Speed Rail Consortium (CHHSRC) die erste Runde gewonnen. Das THSRC arbeitet zusammen mit dem deutschen Unter-

nehmen Siemens Verkehrstechnik und dem britisch-französischen GEC Alsthom, um ein System, „Eurotrain“, mit ICE-Lokomotiven und TGV-Waggons zu bauen. Das CHHSRC hat den japanischen Partner Japan High-Speed Rail mit dem Angebot des „Shinkansen“ hinter sich. Das THSRC hat Gesamtkosten in Höhe von 11,77 Mrd. US\$ ohne Finanzbelastung seitens der Regierung einkalkuliert, was nicht nur unterhalb der Veranschlagung des CHHSRC mit 18,48 Mrd. US\$ liegt, sondern auch niedriger als die von der Regierung selbst in der Ausschreibung geschätzte Summe von 15 Mrd. US\$ ist. Ferner wird THSRC nach eigener Berechnung unter dem System von „Build-Operate-Transfer“ (BOT) jährlich mindestens 10% seines Gewinns vor Steuern für 30 Jahre an die Regierung abführen. Daraufhin hat das Verkehrsministerium am 25. September entschieden, zuerst mit THSRC über den Bauvertrag zu verhandeln. Falls eine Vereinbarung innerhalb von drei Monaten nicht zustande kommt, soll CHHSRC zu Verhandlungen eingeladen werden.

Gegen die Entscheidung des Ministeriums hat das CHHSRC, das in enger Beziehung mit der Regierungspartei KMT (Kuomintang) steht, am 28. Oktober Einspruch erhoben. Es behauptet, daß das THSRC durch höhere

Fahrpreise nach Inbetriebnahme der Bahn die Baukosten niedrig gehalten habe. Dies entspreche nicht den Ausschreibungsbedingungen. Technisch gesehen sei der Eurotrain mit der Kombination von ICE-Lokomotiven und TGV-Waggons mangels Praxisbewährung nicht ohne Risiko. (LHB, 28.10.97)

Doch ist man allgemein der Meinung, daß die Preiskalkulation des CHHSRC zu konservativ ist. Verkehrsminister Cai Zhaoyang (Ts'ai Chao-yang) zufolge ist das Eurotrain-System bereits vom technischen Prüfungsausschuß genehmigt worden. (*Taiwan Aktuell*, München, 31.10.97) Siemens und GEC Alsthom haben sich dem THSRC gegenüber verpflichtet, die in Europa im Aufbau befindlichen Standards für den grenzüberschreitenden Zugverkehr unter verschiedenen Strom- und Signalsystemen weiterzugeben und die Technologie zu transferieren. Damit erhofft man sich in Taiwan Chancen, als Komponenten-Zulieferer weltweit ins Bahntechnik-Geschäft einsteigen zu können - auch auf den europäischen Märkten. Das Auftragsvolumen für die beiden europäischen Unternehmen soll sich auf rd. 4 Mrd. US\$ belaufen, davon entfallen 60% auf GEC Alsthom und 40% auf die Siemens Verkehrstechnik. (HB, 30.9.97) -ni-